



Unterrichtungsvorlage

Vorlage: UV/0260/2022		Datum: 25.08.2022	
Dezernat 1			
Verfasser:	07-Gleichstellungsstelle	Az.: 07/GSS	
Betreff:			
Frauen in die Kommunalpolitik			
Gremienweg:			
14.09.2022	Gleichstellungsausschuss	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP	öffentlich	ohne BE abgesetzt geändert

Unterrichtung:

Frau Lambrich (Amt für Personal und Organisation), hat im Rahmen eines Projektes die Ursachen für die Unterrepräsentanz von Frauen in den kommunalpolitischen Gremien der Stadt Koblenz ermittelt und Handlungsempfehlungen mit geeigneten Maßnahmen entwickelt. Das Konzept ist als Anlage 1: Konzept_Mehr Frauen in die Koblenzer Kommunalpolitik der Unterrichtungsvorlage beigefügt. Frau Lambrich stellt die Ergebnisse sowie mögliche Handlungsmaßnahmen zum Thema „Mehr Frauen in die Kommunalpolitik“ den Mitgliedern des Gleichstellungsausschusses vor. Im Folgenden finden Sie eine Zusammenfassung.

Zusammenfassung „Die Unterrepräsentanz von Frauen in der Koblenzer Kommunalpolitik“

Methode

Die gleichmäßige Teilhabe von Frauen und Männern in der Politik ist nicht nur Wunsch des Großteils der Bevölkerung.¹ Auch hat der Gleichstellungsausschuss der Stadt Koblenz durch Beauftragung dieser Untersuchung einen Handlungsbedarf in dem Bereich der politischen Gleichstellung festgestellt. Hierzu wurden

- die Wahlergebnisse der jüngsten Wahlen zum Koblenzer Stadtrat (2019), sowie vorhergehende Wahlen berücksichtigt und als Referenz herangezogen.
- die Strukturen der örtlichen Parteien und Wählergruppen, deren Wahlvorschläge sowie der Prozess in seiner Gänze unter die Lupe genommen.

Zusammen bilden sie neben statistischen Erhebungen und aktuellen Erkenntnissen aus der Wissenschaft einen wichtigen Bestandteil der Untersuchung. Ergänzt wurden diese durch Gespräche mit verschiedenen lokalen Parteifunktionär:innen sowie halb-standardisierten und leitfadengestützten Interviews mit Mandatsträgerinnen und anderen, in der Koblenzer Kommunalpolitik aktiven Frauen, die aktuell kein Mandat innehaben. Weiterhin fanden die Ergebnisse des Bürgerpanels 2021 und damit Einstellungen und Einschätzungen der Bürger:innen Einfluss.

Ergebnisse

Alle vorgeschlagenen Tools basieren auf den festgestellten Handlungsfeldern und eignen sich, bestehende Herausforderungen anzugehen sowie Potenziale zu fördern. Es wird keine ausdrückliche Empfehlung für bestimmte Maßnahmen ausgesprochen, vielmehr wird in der Untersuchung (siehe Anlage

¹ Neu, V. & Henry-Huthmacher, C.: *Mehr Frauen in die Politik? Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage vom Herbst 2019* (Stand: 30.06.2022) <https://d-nb.info/1214178871/34>. [2019].

1 der Unterrichtungsvorlage) detailliert die Wirkweise, die Ansatzpunkte und der zu erwartende Nutzen in Relation zu dem voraussichtlichen Ressourceneinsatz gesetzt. Die Entscheidung über die Umsetzung dieses Maßnahmenkatalogs oder aber vereinzelter Maßnahmen, obliegt maßgeblich der Politik.

Mentoring-Programm

Maßnahme: Die Kreis- oder Stadtverbände der Parteien/Wählergruppen könnten ein Mentoring-Programm entwickeln und es für Mitglieder sowie Nicht-Mitglieder öffnen. Daneben sollte ein fachliches Rahmenprogramm entwickelt werden, das der Fortbildung auf den verschiedenen Gebieten der Kommunalpolitik dient (Rhetorik-, Öffentlichkeitsarbeits-, Haushaltsseminare, etc.). (In der ausführlichen Untersuchung wird als Alternative auch ein informelles Mentoring aufgeführt.)

Ansatz: Individuelle Ebene

Vernetzungs-Treffen

Maßnahme: Die Stadtverwaltung könnte ein Format für Vernetzungs-Treffen zwischen Koblenzerinnen, die sich in örtlichen Vereinen engagieren sowie aktiven Kommunalpolitikerinnen, insbesondere solchen, die Funktionen innerhalb ihrer Partei oder aber bestenfalls sogar ein Mandat innehaben, entwickeln.

Ansatz: Individuelle, Strukturelle Ebene

Videokonferenzen/Hybride Sitzungen

Maßnahme: Die Parteien könnten vermehrt Sitzungen (Fraktionssitzungen, Vorstandssitzungen, etc.) in Videokonferenzen oder hybrider Form durchführen.

Ansatz: Strukturelle Ebene

Begrenzung der Redezeit

Maßnahme: Der Koblenzer Stadtrat könnte die Redezeiten in Sitzungen des Stadtrates begrenzen, damit Sitzungsdauern planbarer werden.

Ansatz: Strukturelle Ebene

Image-Kampagne

Maßnahme: Die Stadtverwaltung Koblenz könnte unter Einbindung der Parteien und Wählergruppen eine Informations-Broschüre zum Thema Kommunalpolitik erstellen. Daneben könnten kurze Videobotschaften von aktiven Kommunalpolitiker:innen, die über persönliche Erfahrungen berichten, gedreht und über die sozialen Medien gestreut werden.

Ansatz: Gesellschaftliche, Individuelle Ebene

Ratsbesuche von Schulklassen und Schulworkshops

Maßnahme: Klassen der Koblenzer Schulen könnten regelmäßig Ratssitzungen besuchen. Im Unterricht sollte hier eine Vor- und Nachbereitung des Besuches stattfinden. Die Vorbereitung könnte zudem durch einen Schulworkshop zum Thema „Kommunalpolitik“ unterstützt werden.

Ansatz: Individuelle Ebene

Ausschussbesetzung mit Nicht-Rats-/Nicht-Parteimitgliedern

Maßnahme: Die Parteien könnten einen gewissen Anteil an Sitzen in Ausschüssen mit Expertinnen, sprich in dem jeweiligen Fachbereich engagierten Frauen, die keine Parteimitgliedschaft innehaben, besetzen.

Ansatz: Individuelle, Strukturelle Ebene

Wünsche der Kommunalpolitikerinnen

Im Anschluss an die Interviews wurde allen Kommunalpolitikerinnen die Frage gestellt, was sie sich für die Kommunalpolitik wünschen würden. Die Antworten beinhalten offen formulierte Wünsche, die die Dringlichkeit/Wirksamkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen unterstreichen oder aber konkrete andere Vorschläge/Forderungen:

- Eine bessere Vereinbarkeit des Mandats mit Privatleben oder aber Beruf durch mehr Sitzungen per Videokonferenz oder in hybrider Form.
- Die Möglichkeit, Elternzeit im Mandat zu nehmen.
- Eine bessere Planbarkeit der Sitzungsdauer.
- Einen Aufenthaltsraum für Personen, die Kinder während der Sitzungen betreuen.
- Eine bessere Öffentlichkeitsarbeit der Kommunalpolitik zur Akquise von Frauen und jungen Menschen.
- Mehr Frauen in der Kommunalpolitik für ein frauenfreundlicheres Klima.
- Sachorientiertere Arbeit, auch über Parteigrenzen und mehr projektbezogene Zusammenarbeit, auch mit Bürger:innen.

Fazit

Eine nachhaltige Steigerung des Frauenanteils in der Kommunalpolitik kann nur gelingen, wenn die maßgeblichen Akteur:innen sich aktiv beteiligen. Und das sind neben den Koblenzerinnen allen voran die Parteien und Wählergruppen als wichtigste Stakeholder und Gatekeeper auf dem Weg der Koblenzerin zum kommunalen Mandat. Für jedes Problem gibt es eine Lösung - es muss nur an den richtigen Stellschrauben gedreht werden. Die Entscheidung, an welchen Schrauben gedreht wird, liegt primär in der Hand der Politik.

Die Stadtverwaltung und insbesondere die Gleichstellungsstelle als fachlich nahestehende Organisationseinheit können unterstützend mitwirken. Die möglichen Handlungsmaßnahmen, die umfängliche Wiedergabe der Ergebnisse der Interviews sowie die konkreten Wünsche der Kommunalpolitikerinnen sollen zudem als Handlungsempfehlung an die Parteien und Wählergruppen gesehen werden. Sodass diese selbst Initiative ergreifen und Maßnahmen umzusetzen können.

Auswirkungen auf den Klimaschutz: keine